

Der Souverän muß erwachen! Oder es wird ihn bald nicht mehr geben.



Von Wulfing Kranenbroeker – 4. August 2023

Wer oder was sollte der Souverän in einer Demokratie sein? Laut der Formel, die wir alle brav in der Schule lernen mußten, sollte es das Volk sein. In freier Entscheidung erwirkt das Volk eine Verfassung, an die sich das Volk bindet und in der es die Befugnisse der Obrigkeit festlegt. Die staatliche Verfassung eines Volkes ist der rechtliche Abwehrrahmen gegen mögliche Übergriffe der Regierung.

Um sicher zu stellen, daß die Legislative, also die in die Verantwortung der Verwaltung des Staates gewählten Vertreter des Volkes, sich auch innerhalb des selbst gesteckten rechtlichen Rahmens bewegen, kann man ein Verfassungsgericht installieren. Ein Verfassungsgericht muß die Aufgabe haben die Gesetzgebung neutral zu überprüfen. Es mag sein, daß technische Innovationen oder geopolitische Umwälzungen Änderungen in grundlegenden Gesetzen notwendig erscheinen lassen. Diese dürfen aber dem zu Grunde liegenden Geist der Verfassung nicht zuwider laufen.

Es ist auch durchaus sinnvoll, ein Schutzorgan für die Verfassung einzurichten. Übergriffe und Unterwanderungen sollten erkannt werden können. Es braucht eine ständige Wachsamkeit, damit das Staatswesen nicht von partikulären Machtinteressen gekapert werden kann. Gerade offene Gesellschaften sind darin sehr verwundbar.

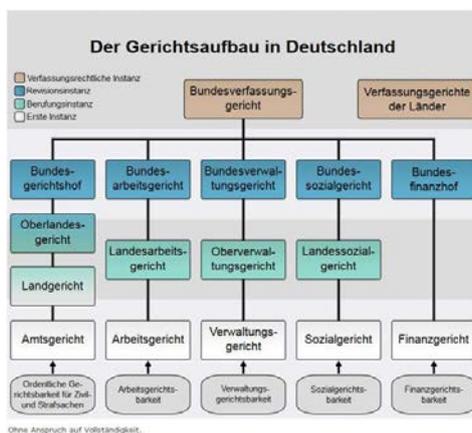
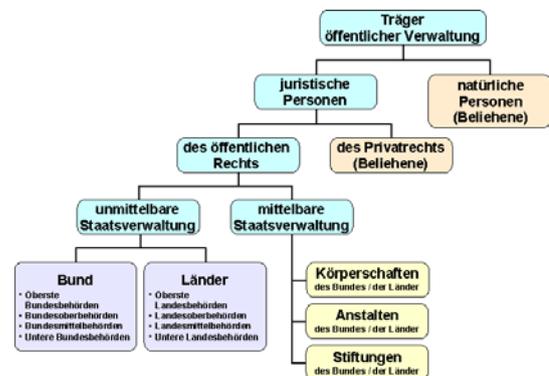
Es ist ja die grundlegende Idee der Demokratie, die Gewalten, [die seit jeher ihre Machtansprüche rücksichtslos gegenüber den unpolitischen Massen ausüben wollen](#), durch Gesetze zu binden.

Deshalb müssen auch die Gewalten des Staates selbst von einander getrennt bleiben, wenn man von einer demokratischen Verfassung ausgeht.



Da ist als erstes die Legislative. Das Parlament, welches die Gesetze formuliert und durch öffentliche Auseinandersetzung auf den Weg bringt. Schön wäre es, wenn die Idee des Konsenses, also die größtmögliche Übereinstimmung mit den unterschiedlichen Interessen in der Bevölkerung, der Tenor in der parlamentarischen Debatte wäre. Schon in den Keilschrifttafeln der ersten Kulturen Mesopotamiens finden sich Beschreibungen einer zweiten Kammer der Beratung für die Gesetzgebung, ein Senat, also ein Ältesten Rat, oder in unserer Republik die Länderkammer, der Bundesrat. Hier werden die Gesetze dann endgültig beschlossen.

Dann gibt es die Exekutive. Hier wird meistens zuerst die Polizei erwähnt, aber es ist vor allem die staatliche Verwaltung, die in den Ministerien und den untergeordneten Institutionen des Staates die beschlossenen Gesetze zur Anwendung bringt.



Die dritte nach Maßgabe einer demokratischen Verfassung wirkende staatliche Gewalt ist die Judikative, die Gerichte und deren Organe.

Von einer wirklichen Demokratie kann man nur dann sprechen, wenn zumindest diese drei Bereiche sauber von einander getrennt operieren können. Allein schon die Existenz einer „juristischen Instanz“ mit Namen „Generalbundesanwaltschaft“, die in dieser Gerichtsaufbautabelle gar nicht erwähnt wird, zeigt, daß es sich bei

der Bundesrepublik Deutschland nicht um eine Demokratie handeln kann.

Wie man sieht, handelt es sich beim Generalbundesanwalt um einen politischen Beamten und nicht um einen Juristen! In deren Selbstdarstellung geht es um Bekämpfung von Terrorismus und Spionage. In der Beobachtung über die Jahrzehnte läßt sich feststellen, wenn die Generalbundesanwaltschaft den Gerichten einen Fall entzieht, gibt es am Ende nur noch „staatlich genehmigte Wahrheiten“. Um diese zu schützen, müssen diese dann, wie im Fall der sogenannten NSU, für 120 Jahre unter Verschuß gehalten werden!



Der Generalbundesanwalt Ur

Über uns

Über uns

Rund 300 Mitarbeiter arbeiten bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe und in Leipzig. Der Generalbundesanwalt ist ein politischer Beamter und wird auf Vorschlag des Bundesjustizministers vom Bundespräsidenten mit Zustimmung des Bundesrates ernannt. Seit 2015 ist Dr. Peter Frank Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof.

Insgesamt arbeiten rund 110 Bundesanwälte, Oberstaatsanwälte und Staatsanwälte fest bei der Bundesanwaltschaft. Sie werden von rund 50 Staatsanwälten und Richtern aus den Bundesländern unterstützt. Diese wissenschaftlichen Mitarbeiter werden in der Regel für drei Jahre abgeordnet.

Unterstützt wird die Arbeit der Staatsanwälte von insgesamt rund 140 Rechtspflegern sowie Mitarbeitern der Verwaltung, der Geschäftsstelle, der Fahrbereitschaft und der Wachtmeisterei. Diese übernehmen überwiegend organisatorische Aufgaben im täglichen Ablauf der Bundesanwaltschaft.



Aus diesen und noch anderen Gründen kann Deutschland keinen internationalen Haftbefehl mehr erwirken. Dennoch ist ein Oliver Janich auf Drängen der Bundesregierung auf Bali von einer rüden Polizeieinheit des Landes festgenommen worden.

Die Corona-Zeit hat dann endgültig gezeigt, wie hörig deutsche Gerichte gegenüber der Politik sind. Der Fall des Weimarer Familienrichters Christian Dettmer markiert ([hoffentlich!](#)) die Talsohle des Verfalls des deutschen Gerichtswesens.

In der neueren deutschen Geschichte nehmen in der öffentlichen Wahrnehmung die politischen Parteien einen gewaltigen Raum ein, der ihnen, auch nach den Buchstaben des uns als Verfassung verkauften Grundgesetzes, gar nicht zusteht. Darin steht lediglich, daß sie bei der politischen Meinungsbildung mithelfen dürfen, aber nicht, daß sie quasi die Alleinverwalter des erlaubten politischen Meinungsspektrums sein sollten. Schon hier ist eine Vergewaltigung des Volkswillens erfolgt, die dafür gesorgt hat, daß die wahrnehmbaren Themen auf die Partikularinteressen einiger Weniger reduziert werden. Die Massenmedien, die dies unterbinden sollten, sind heute definitiv exekutiver Bestandteil dieser Manipulation.

Schon in den 80er Jahren hat der [Politik- und Verwaltungswissenschaftler Prof. Hans Herman von Arnim](#) auf die Korrumpierung der Politik und die exzessive Habgier so mancher Parlamentarier aufmerksam gemacht. Seiner aufmerksamen Recherche haben wir es zu verdanken, daß sich die Regierungs-

mitglieder der Länder nicht schon nach einem Amtstag die Höchst Pensionen verschaffen konnten (1992) oder 2004 konnte er gerade noch verhindern, daß sich die Europaparlamentarier höhere Diäten genehmigten als die Gehälter ihrer Landespräsidenten.



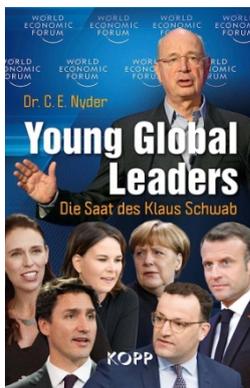
In unserer Zeit beschreibt ein [Thomas Röper](#) wie „[abhängig beschäftigt](#)“ unsere Volksvertreter in Wirklichkeit sind. Wenn ich Diener mehrerer Herren bin, ist zumindest ein Interessenkonflikt vorprogrammiert. Dumm ist an dieser Sache nur, diese Herren sind alles andere als Gleichwertig. Daß die Vertreter aus der Wirtschaft den Kurzschluß zur Politik suchen



müssen, um ihre Unternehmen am Markt behaupten zu können, ist nun einmal keine Verschwörungstheorie, sondern seit Menschengedenken gängige Alltagspraxis. Die ehrenwerten Bürger, denen die Familienunternehmungen gehörten, ließen sich in die Stadträte wählen, oder trafen sich an den runden Tischen der Rotarier und machten Politik. Dagegen ist ja auch nichts einzuwenden, wenn sie dadurch auch durch ihren geschulten Weitblick die Belange der übrigen Bürgerschaft mit im Auge behielten, um den sozialen Frieden im Lande zu gewährleisten.

Inzwischen sind jedoch die begrenzten Familienunternehmen, in denen noch die Eigentümer die Entscheidungen trafen, durch übernationale Konzerne und Trusts abgelöst worden, in denen Manager mit kurzfristigem Quartalsdenken die weitreichenden Entscheidungen ausschließlich zu Gunsten für die „Shareholder“ treffen. Es sind Machtkonfigurationen, die die Kapazitäten von Staatenverbänden übertreffen! Hier gibt es keinerlei soziale Verantwortung mehr!

Und als ob solche Trusts wie Blackrock, Goldman-Sachs und Vangard, die sich auch noch gegenseitig durchdringen, nicht schon unverantwortlich groß genug sind, gibt es seit 1971 auch noch das [WEF, das World Economic Forum](#) mit einem Musterschüler von Henry Kissinger an der Spitze, dem Schweizer Klaus Schwab.



Angela Merkel war mit Wladimir Putin und Bill Gates eine der ersten Absolventinnen in diesem, von der CIA aus gesteuerten, globalen Netzwerk politischer Führungskräfte. Diese sind im Laufe der letzten Jahrzehnte überall auf der Welt an die Spitzenplätze der politischen und wirtschaftlichen Steuerungsfunktionen gesetzt worden, völlig vorbei an einer mit Fußballweltmeisterschaften und Fake-Katastrophenszenarios abgelenkten Weltöffentlichkeit. Mit den Schwierigkeiten mit der Geheimhaltung der [Bilderbergertreffen](#) in den letzten Jahren, haben sie gelernt, auch die Führungsebenen der Massenmedienkonzerne mit diesen Young Global Leaders zu besetzen. So muß es uns nicht verwundern, so gut wie nichts über diese Hintergrundaktivitäten in Erfahrung bringen zu können.

Haben also vorher die Parteien die Politik gekidnappt, so sind diese inzwischen weltweit von den Lobbyistenverbänden vereinnahmt worden. Deren übergroße Anwaltskanzleien diktieren unseren Abgeordneten die Gesetze in den Büros des Bundestages, die sie als hörige Parteisolddaten auf zugewiesenen Listenplätzen nur noch abnicken dürfen. Daß sie diese immer häufiger weitläufig verschachtelten Omnibusgesetze selbst gar nicht mehr verstehen können, haben peinliche Interviews von Abgeordneten ebenso gezeigt, wie auch die revidierten Lebensläufe unserer aktuellen Regierungsmitglieder und Parteiführer nahelegen.

Die hochkomplexen Vertragswerke [TTIP](#), [TISA](#) und [CETA](#) durften unsere Parlamentarier nicht einmal zu Hause studieren. Sie durften keine Notizen machen und jeder, der sich zur Lesung angemeldet hatte, bekam eine eigene Version zu Gesicht, die mit speziellen Fehlern

gestaltet war, so daß man verifizieren konnte, wenn er sich doch Notizen gemacht hatte. Über so etwas im Parlament abzustimmen ist ein klarer Verfassungsbruch!



Damit die weltweite Koordinierung innerhalb der unterschiedlich konstituierten Staaten der Welt dennoch funktioniert wurden immer wieder Planspiele, wie [Dark Winter](#), das [Pandemie Planspiel 2012 des RKI](#) oder zuletzt [Event 201](#), durchgeführt, um die Fehler in der Steuerung der Massen immer besser auszumerzen. Die Inszenierung der weltweiten Corona-P(l)andemie können wir als Generalprobe für die kommende [Installierung einer Weltherrschaft über den Umweg der WHO](#) werten.

Aber auch in der Exekutive ist der Ausverkauf seit Jahrzehnten im Gange. Für die Bevölkerung gefühlt fing es mit der Privatisierung der Müllabfuhr an. Private könnten das billiger und effizienter machen. Als erstes wurden die Abfalltonnen nur noch zweiwöchentlich geleert, und als dann endlich die Strukturen bei den Kommunen abgebaut waren, zogen sie die Preise an. Ganz verarscht wurden die Bürger dann mit dem Konzept der Mülltrennung. Anstatt dies schon bei der Herstellung an Müll zu vermeiden, hat es die Industrie geschafft, dem Bürger ein schlechtes Gewissen einzureden und sich gegenseitig für diese Umweltverschmutzung und Ressourcenverschwendung anzuzeigen.

Wer erinnert sich noch an die staatliche Institution für Kommunikation mit Namen Post? Einstmals von denen von Thurn und Taxis entwickelte Infrastrukturdienstleistung wurde sie in der Kaiserzeit durch ein Beamtentum ersetzt. Briefe, Pakete, das Telefon und am Ende auch noch eine Bank für den kleinen Mann. Diese mußten wir als Preis für die deutsche Einheit 1990, mit so vielem anderen Guten, zerschlagen und privatisieren. Auch die Bundesbahn sollte damals auf Druck der Franzosen, die sie gerne vereinnahmen wollten, privatisiert werden. Von daher rühren viele der Fehler bei der DB her, die auf nicht mehr erfolgten aber notwendigen Investitionen beruhen.

Jetzt erleben wir das Desaster durch die Privatisierung im Gesundheitswesen. Krankheit ist ein riesiges Geschäft geworden. Der englische Politik- und Wirtschaftswissenschaftler Colin Crouch hat das in seinen Büchern aus mehreren Perspektiven beleuchtet.

Die Katastrophe mit der A20 in Niedersachsen oder der Zusammenbruch der einstmals vorbildlichen Eisenbahn in England sollten eigentlich jedem klar machen, was es heißt, wenn die Infrastruktur privatisiert wird.

Libertäre argumentieren an dieser Stelle gerne, daß ein freier Markt so etwas viel besser händeln könnte. Dem mag ich mich auch nicht wirklich entgegenstellen, nur dürfen wir die Augen nicht vor der Wirklichkeit verschließen, daß es diesen freien Markt überhaupt nicht mehr gibt, weil es keine von Bürgern mehr organisierte Macht gibt, die den Großkonzernen noch Regeln vorschreiben kann! Mit den Freihandelsgesetzen wollen sie ja schon private Schiedsgerichte etablieren, damit kein Staatsmann denen noch ein Geschäft untersagen kann!



Wer genau hinschaut, kann erkennen, daß die großen Internetkonzerne mit Macht darauf drängen die Polizei zu privatisieren. Was es heißt das Militär zu privatisieren, hat gerade eben erst Putin mit seinen Wagner Söldnern erfahren dürfen.

Damit wir das alles nicht wahrnehmen, hat man uns mit dem Privatfernsehen beglückt. Rund um die Uhr Mord und Totschlag, Talkshows oder Kindergeburtstagsspielshows. [Georg Schramm](#) hat sich darüber jahrelang kabarettistisch ausgetobt, aber er hat auch den wahren Feind benannt, in dem er immer wieder das Zitat von Warren Buffet vortrug:

„Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen“

Es ist also ziemlich naiv von dem Club der Milliardäre Hilfe für unsere eigentlichen Probleme zu erwarten. Dabei ist es egal ob sie Bill Gates, George Soros, Elon Musk oder Donald Trump heißen. Sie haben ein Klassenbewußtsein. Uns haben sie es auch durch ihre NGO's ausgetrieben.



Sie führen diesen Krieg – in der Regel – nicht mit Waffen, sondern sie haben ungefähr 100 Jahre Vorsprung in der Sozialforschung. Es geht um unsere Köpfe, bzw. hauptsächlich um unsere Emotionen. Sie haben diese Techniken inzwischen sogar zu einer neuen Waffengattung innerhalb der NATO gemacht: Kognitive Kriegsführung.

Will man dem entgehen, ist eine rigorose Medienhygiene unabdingbar. Das Wort „Information“ dürfen wir durchaus als Warnung verstehen, denn das, was sie uns in unsere Köpfe hämmern, verändert uns. Nehmen sie nur die Situation, wenn ihnen ein Arzt im weißen Kittel mitteilt sie hätten Krebs. Sie sind im nächsten Moment ein anderer Mensch!



Noam Chomsky trifft es auf den Punkt mit seinem Vorschlag:

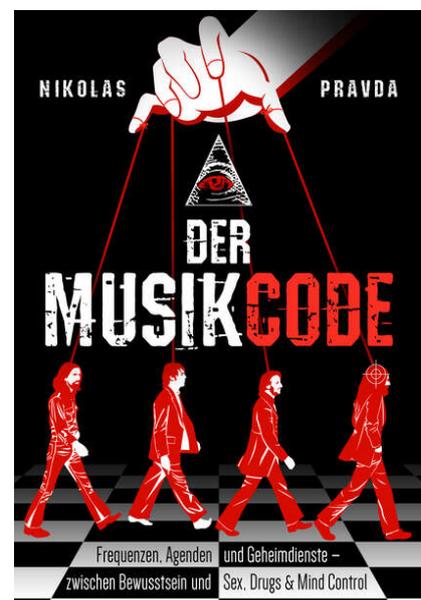
„Die Bürger demokratischer Gesellschaften sollten Kurse für geistige Selbstverteidigung besuchen, um sich gegen Manipulation und Kontrolle wehren zu können.“

Noam Chomsky, Mediacontrol, 2003, S. 8

Seit dem 11. September 2001 feuert die Propagandamaschine wie ein endloses Maschinengewehr. Rundfunk, Film, Fernsehen und in neuester Zeit auch über die neuen Medien wie YouTube, Twitter und Instagram. Es sind ganze Armeen von „Faktenfindern“, Influenzern und Trollen damit beschäftigt, die aufkeimenden Funken der Wahrheit im Keim zu ersticken.

Schauen wir einmal tiefer in die Abgründe von Hollywood oder auch der gesamten Musikbranche, müssen wir bitter erkennen, sie haben wirklich keinen Bereich der menschlichen Psyche ausgelassen, um uns für ihre Zwecke zu manipulieren.

Immer wieder hört man von einer korrigierenden vierten Gewalt im Staate, und man meint damit die Presse. Seit dem sie jedoch auch schon seit Jahrzehnten monopolisiert ist, einmal über die wenigen „Nachrichtenagenturen“ und zum anderen über die Konzentrierung in Stiftungen und Konzernen, ist sie zur Hure der Politik geworden.



Bei einem Interview der New York Times bedankte sich David Rockefeller für das Jahrzehnte lange Schweigen der Medien über die Bilderbergertreffen:

„Wir sind der Washington Post, der New York Times, dem Time Magazine und anderen großen Publikationen dankbar, deren Chefredakteure an unseren Treffen in der Vergangenheit teilnahmen und die Zusage der Vertraulichkeit fast 40 Jahre lang respektierten. Es wäre unmöglich für uns gewesen, unsere Pläne für die Welt zu entwickeln, wenn wir all die Jahre im Rampenlicht der Öffentlichkeit gestanden hätten. Nun ist unsere Arbeit jedoch soweit durchdacht und bereit in einer Weltregierung zu münden. Die supranationale Souveränität von Welt-Bankern und einer intellektuellen Elite ist sicher der nationalen Selbstbestimmung, welche in den letzten Jahrhunderten praktiziert wurde, vorzuziehen.“

David Rockefeller



Young Global Leaders des WEF

Nein, die vierte Gewalt im Staate ist das Geld, bzw. diejenigen, die darüber verfügen!

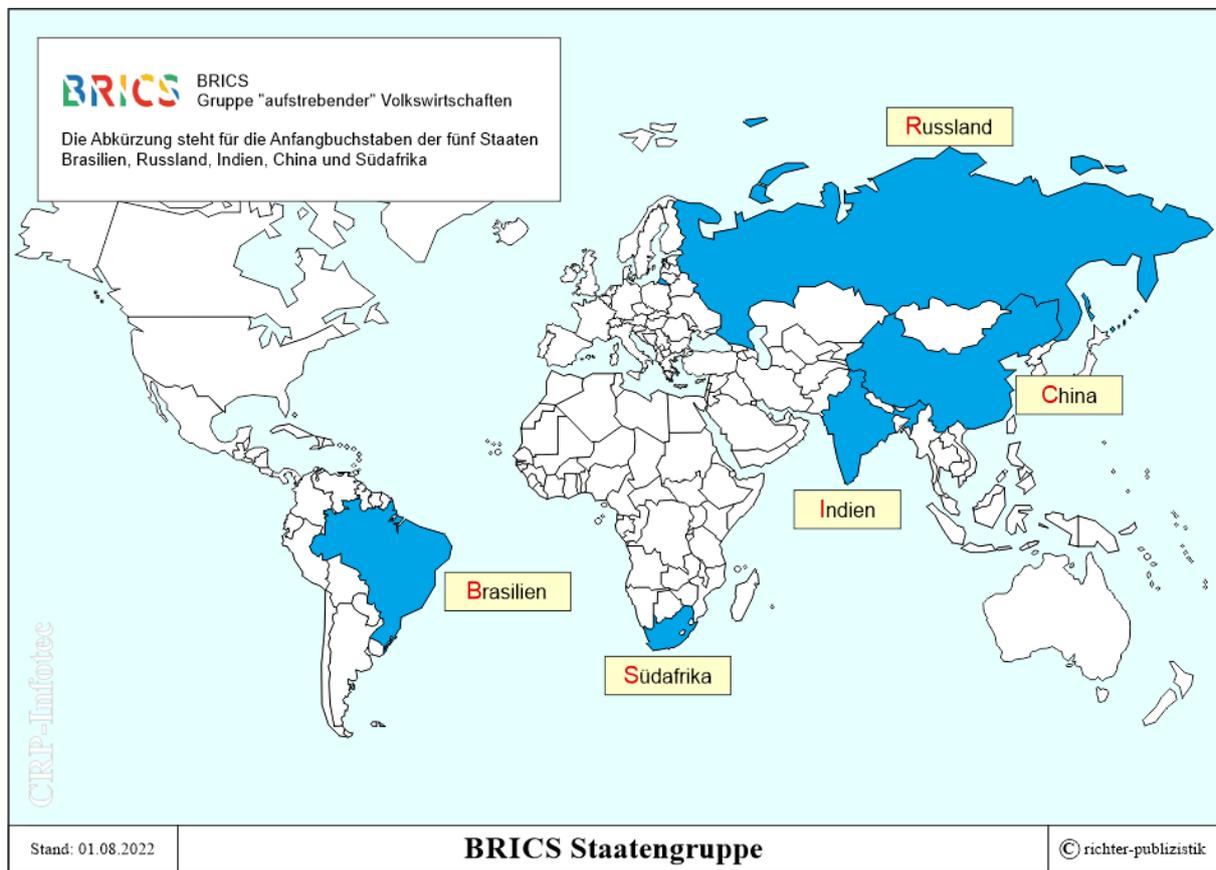
Bereits in den siebziger Jahren hatten Studenten einer Schweizer Wirtschaftsuniversität eine umfangreiche Studie veröffentlicht, die zu dem Schluß kam, alle Banken der Welt sind [ein einziges ineinander verschachteltes Kartell](#). Der Kopf dieser Hydra ist die Zentralbank der Zentralbanken, die in der Schweiz beheimatete BIZ, die Bank für internationalen Zahlungsausgleich.

Diese ist so jenseits jeglicher Kontrolle. Kein Staat hat Zugriff, kein Gericht kann irgend jemanden aus diesen Kreisen belangen, oder auch nur Akteneinsicht verlangen, genau so wie bei ihrer kleinen Tochter der EZB, der Europäischen Zentralbank, an die wir die Hoheit über unser Geld abgegeben haben. Man hat uns allerdings auch niemals gefragt, ob wir das wollen. Auch bei der Aufgabe der Deutschen Mark hat man vorsichtshalber die deutschen Bürger nicht befragt. Die Antwort wäre sicherlich zu eindeutig ausgefallen.

„Laßt mich das Geld einer Nation herausgeben und kontrollieren, und es kümmert mich nicht, wer ihre Gesetze schreibt.“

Dies schrieb schon 1790 der Bankier Mayer Amschel Rothschild.

Mit der geplanten Einführung des digitalen Zentralbankgeldes hoffen die grauen Eminenzen hinter den Kulissen den allerletzten Sargnagel für den Begriff der Freiheit einschlagen zu können. [Der 22. August 2023](#) könnte ihnen jedoch einen Strich durch die Rechnung machen, oder er wird zum Startpunkt einer neuen Zeitrechnung. Zu diesem Zeitpunkt soll die neue Verrechnungswährung der BRICS-Staaten freigeschaltet werden.



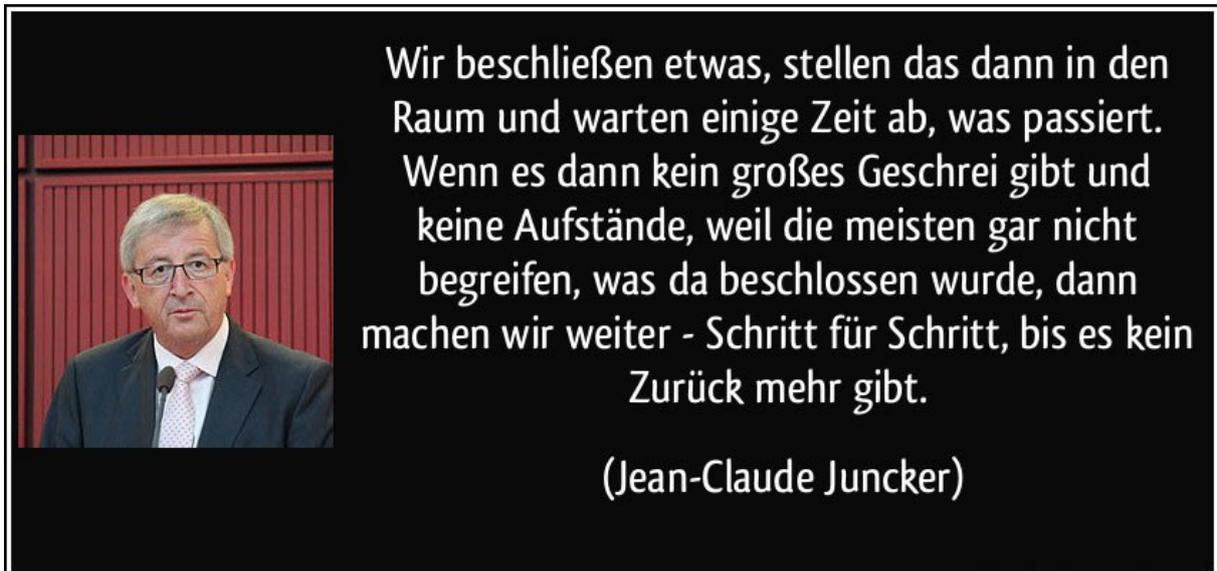
Vielleicht sind deshalb nun die Unruhen in Afrika ausgebrochen (worden). Vielleicht soll damit aber auch die Migrationssagenda beschleunigt werden, um die [geplanten 245 Millionen Afrikaner schneller nach Europa](#) zu treiben.

Schon mit der Installierung der EU über den Umweg einer EWG hat sich die Politik immer weiter [von den Bürgern entfernt](#). Immer mehr Machtbefugnisse sind an diesen Verein übertragen worden, der zumindest bislang keinerlei staatliche Rechtmäßigkeit besitzt. Mit dem [Vertrag von Lissabon](#) wollte man zwar eine europäische Verfassung kreieren. Sie ist aber an dem massiven Widerstand Englands und Frankreichs gescheitert. Es gibt zwar ein Europaparlament in Straßburg, aber die sündhaft teuren Europaparlamentarier dürfen nicht mal eigene Gesetze formulieren.



Geführt wird die Europäische Union von den zwölf Kommissaren in Brüssel, um die sich das größte Heer von Lobbyisten gesammelt hat. Sie sind nicht demokratisch gewählt!

Auch das gesamte Gefüge der Europäischen Union ist alles andere als transparent und demokratisch.



Es ist also an der Zeit dafür zu sorgen, daß wir ein anderes Personal in die Führungsebenen bringen. Die Auswahl durch politische Parteien scheint definitiv nicht der richtige Weg zu sein. Aber wie soll das denn gehen?

Hilfreich kann da ein Blick auf den letzten Artikel unseres Grundgesetzes sein, der seit Beginn an ein Auftrag für das deutsche Volk ist, solange es noch existiert:

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Es wird Zeit unsere Erfahrungen mit der Umerziehung, der Corona-Krise und den ewig gleichen Mächtigen, die uns von einem Krieg in den nächsten hetzen, zu nutzen und in eine gesellschaftliche Ordnung einfließen zu lassen, die die Grundlage bilden kann, daß wir Menschen innerhalb dieser begrenzten Ordnung untereinander in Frieden und Wohlstand leben können, und diesen wohlwollenden Frieden auch im Verbund mit unseren Nachbarvölkern praktizieren können.

Frieden ist ein Menschenrecht!

Den in meinen Augen [wertvollsten Begriff dafür hat uns Daniele Ganser](#) geschenkt:

Wir sind alle Teil der Menschheitsfamilie.